

MISZELLE

ALEXANDER VATLIN

Die Starnberger Kommune. Eine unbekannte Episode aus der Geschichte der Bayerischen Räterepublik

Deutschlands Niederlage im Ersten Weltkrieg bedeutete nicht nur das Ende des Kaiserreiches, sondern bot gleichzeitig die Chance für einen politischen Neubeginn des Landes. Für die sozialistische Arbeiterbewegung war damit auch die Perspektive der sozialistischen Umgestaltung verbunden.

Die Geschehnisse der Deutschen Revolution sind gut erforscht. Das gilt auch für ihre regionalen Besonderheiten, wie z. B. die Ereignisse in Bayern, das als erstes den Sturz des eigenen Herrscherhauses verwirklichte – und als letztes die Räterepublik verkündete. Die Darstellung dieser Ereignisse beschränkt sich in der Regel allerdings auf München, obwohl die Räterepublik (im Unterschied zur Pariser Kommune 1871) nicht auf eine Stadt begrenzt war, sondern fast ganz Oberbayern unter ihrer Kontrolle hatte. Die politisch aktiven Kräfte »vor Ort«, d. h. in kleinen Städten und Gemeinden konnten dadurch eigene Vorstellungen von Demokratie und Sozialismus verwirklichen – wenn auch nur für relativ kurze Zeit.

Der vorliegende Beitrag konzentriert sich in seiner Analyse auf die Ereignisse im Frühjahr 1919 in der Kreisstadt Starnberg, die heute kaum mit Begriffen wie Revolution oder politischer Radikalismus in Verbindung gebracht wird.

Die Begebenheiten rund um die Rätemacht in Starnberg zu rekonstruieren, die wie in München drei Wochen währte, ist aufgrund der soliden Quellenbasis durchaus möglich. Die Führer der Starnberger Kommune wurden in einem Schauprozess verurteilt, die Verhöre der Angeklagten und die Vernehmungen der Zeugen, die Berichte in den Zeitungen und die offiziellen Dokumente der Rätemacht in diesem Städtchen sind überliefert.¹ Die Regierungstruppen und die Freikorps, die München von Süden her angriffen und dabei praktisch kaum auf Widerstand stießen, haben ihren Weg, der über Starnberg führte, detailliert dokumentiert. In den Jahren der Naziherrschaft war das die Grundlage für den Mythos, demzufolge die der Demokratie verpflichtete Armee in den Jahren des Ersten Weltkrieges Deutschland vor der »roten Pest« gerettet hat.²

1 Die Gerichtsakten befinden sich im Staatsarchiv München-Staatsanwaltschaft [im Folgenden: StAM-Staatsanwaltschaft], die Berichte über die militärischen Operationen im Bayerischen Hauptstaatsarchiv-Kriegsarchiv [im Folgenden: BayHStA-KA].

2 Siehe Die Niederwerfung der Räteherrschaft in Bayern 1919. Im Auftrage des Oberkommandos der Wehrmacht, hg. vom Kriegsgeschichtlichen Forschungsamt des Heeres, Berlin 1939.

Quelle: Stadarchiv Starnberg, Fotosammlung

Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

»Erinnerung an Demonstrationzug [durch Starnberg, hier auf der Seepromenade] a. 26. Februar 1919«

Anfang des 20. Jahrhunderts lebten ca. 10 000 Menschen in Starnberg, von denen die meisten Handwerker waren oder mit dem Kurbetrieb ihr Geld verdienten. Die Auswirkungen des Weltkrieges waren auch in Starnberg zu spüren: Die Touristen blieben aus, viele Städter wurden zu Selbstversorgern und bauten rund um ihre Häuser Gemüse an, um dem drohenden Hunger zu begegnen. Einzig die Eisenbahner und die örtlichen Beamten, die die Waren verteilten, die die Bauern aus der Umgebung lieferten, mussten nicht um ihre Arbeit bangen. Starnberg hatte einen eigenen Magistrat, einen Bürgermeister und war gleichzeitig Bezirkszentrum, dem ein Bezirksamtmann vorstand. Zu Beginn der Revolution hatte Wilhelm Freiherr von Stengel dieses Amt bereits seit 15 Jahren inne. Im Laufe dieser Zeit wurden ihm von der Münchner Presse immer wieder Korruption und sein autoritärer Herrschaftsstil vorgeworfen.

Nach dem Sturz der Wittelsbacher entwickelte sich Bayern unabhängig vom übrigen Deutschland. Die Eisner-Regierung reduzierte die Kontakte mit Berlin auf ein Minimum. Die Ermordung von Kurt Eisner am 21. Februar 1919 bedeutete den Beginn einer Doppelherrschaft – neben den Räten bestanden die alten Machtorgane weiter, die sich an der vom Landtag gewählten Hoffmann-Regierung orientierten. Ihre keineswegs friedliche Koexistenz

Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

Quelle: Stadarchiv Starnberg, Fotosammlung

»Eisner Feier am Tutzingenerhofplatz [Tutzingener-Hof-Platz, damaliger Haupt- und Versammlungsplatz] i. Starnberg 26. II. 1919«

endete jedoch am 7. April 1919, als die Führer der Arbeiter- und Soldatenräte die gesamte Macht im Land übernahmen und die Hoffmann-Regierung unter dem Schutz der Armee in Bamberg Zuflucht suchte.

Die Konfrontation zwischen den Räten und der parlamentarischen Republik fand ihre geografische Entsprechung. Südbayern war »rot«, der Norden »weiß«. Die bis dahin funktionierenden Mechanismen der Leitung brachen zusammen, die Flut der Dekrete und Verordnungen aus München und Bamberg hatte keine Entsprechung in den real existierenden, lokalen Machtorganen.

Die Vertreter des aktiven Teils der Gesellschaft bekamen eine Chance, in den politischen Prozess einzugreifen, eigene Vorstellungen von einer gerechten, von unten kontrollierten Macht durchzusetzen. In der Regel waren dies Vertreter der Intelligencija, Funktionäre von Arbeiterparteien und demobilisierte Armeeangehörige.

Die Funktionäre, die unter der Bedingung des vollständigen Zerfalls der Machtvertikale handelten, taten dies auf eigenes Risiko. So auch in der Starnberger Räterepublik unweit der bayerischen Hauptstadt. Hier nahmen die Ereignisse einen ganz anderen Verlauf als im revolutionären München.

Alle Macht den Räten!

Auf dem Gautag der SPD am Morgen des 6. April 1919 erfuhren die Starnberger Sozialdemokraten Karl Schleussinger und Michael Burgmeyer, dass in München die letzten Vorbereitungen zur Ausrufung der Rätemacht getroffen wurden. Nach der Flucht der Regierung nach Bamberg hatte ein Teil der Parteiführer seine Bereitschaft erklärt, die Rätemacht zu unterstützen, wenn sich alle drei Arbeiterparteien – die SPD, die USPD und die KPD – sofort zusammenschlossen. Der Gautag entschied, Vertreter in alle wichtigen Städte Bayerns zu entsenden, um die Räterepublik im ganzen Land gleichzeitig zu verkünden.

Die Idee der Vereinigung aller bayerischen Sozialisten blieb jedoch ein frommer Wunsch, und die SPD-Führer verzichteten letztlich darauf, die Räterepublik zu unterstützen. Das alles konnten die Delegierten, die auf dem Weg in ihre Heimatorte waren, aber nicht wissen. Karl Schleussinger und Michael Burgmeyer entwickelten nach ihrer Ankunft in Starnberg eine rege Aktivität. Schon am Abend beriefen sie eine Funktionärsversammlung im Hotel »Deutscher Kaiser« ein, auf der beschlossen wurde, dass die Macht in Starnberg in die Hände des revolutionären Arbeiterrates überginge. Diesem Rat, der den seit November 1918 existierenden Bürgerrat ersetzte, gehörten 15 Mitglieder an, darunter auch drei Linkssozialisten aus der USPD: Wilhelm Siebert, Arthur Mayer und Andreas Graf.

Den Vorsitz des neuen Rates übernahm Karl Schleussinger. Er war 26 Jahre alt und stammte aus einer begüterten Starnberger Familie. Als Jurist absolvierte er gerade ein Praktikum in der Bezirksbehörde und unterstand damit genau der Macht, die er zu stürzen gedachte. Am Morgen des 7. April erklärte er den versammelten Mitarbeitern der Administration, dass sie von nun an unter der Kontrolle des Revolutionsrates arbeiten würden. Wer damit nicht einverstanden sei oder die Arbeit sabotiere, würde auf der Stelle entlassen und aus Starnberg ausgewiesen.³ Es war nicht nötig, die Beamten extra zu überzeugen, waren sie es doch gewohnt, weisungsgebunden zu handeln. Außerdem war bereits ein Telegramm aus München mit der Mitteilung über die Ausrufung der Räterepublik eingetroffen. Es wurde beschlossen, dieses Ereignis durch das Läuten der Kirchenglocken um die Mittagsstunde zu würdigen.⁴ Wie die Beamten die neue Macht im Vergleich zur alten einschätzten, sei dahingestellt, Hauptsache, sie blieben im Amt.

Doch es ging nicht nur um den Wechsel von Namen und Bezeichnungen. Die erste Proklamation des Revolutionsrates informierte die Starnberger Bürger über die Vereinigung der Ortsgruppen der sozialistischen Parteien. Die Eroberung der Macht in der Stadt wurde als Ausdruck des Willens der Werktätigen gedeutet, dass ihre Vertreter den Forderungen des Proletariats Gesetzeskraft verliehen. Der Revolutionsrat distanzierte sich sowohl von der kapitalistischen Vergangenheit als auch von den eigenen Parteiführern in Berlin: »Die Vergangenheit hat der Kapitalismus beherrscht, die Gegenwart die vom Blute der Arbeiter befleckte Dynastie Ebert-Scheidemann-Noske. Die Zukunft gehört den revolutionären Arbeitern.«⁵ Die Bevölkerung wurde aufgerufen, Ruhe zu bewahren, den Bauern im Umland

3 StAM-Staatsanwaltschaft, 2899/1, Bl. 98.

4 Siehe ebd., Bl. 132.

5 Siehe Land- und Seebote [Starnberger Zeitung] vom 8. April 1919.

mitgeteilt, dass keine Vergesellschaftung ihres Eigentums geplant sei. Die Mitglieder des Revolutionsrates gingen ihrer Arbeit in den Organen der Ortsverwaltung nach, die meisten beschränkten sich jedoch darauf, nur an den Sitzungen teilzunehmen. Allein Karl Schleussinger und Arthur Mayer, der an die Stelle des Bürgermeisters Tresch getreten war, hatten das Recht, Dekrete zu unterschreiben. Meistens erließ der Rat Beschlüsse, die in München bereits angenommen worden waren. Alle – bis auf die Arbeiter – mussten die Waffen abgeben. Eine Ausnahme wurde bei Jägern, Ärzten und Gendarmen gemacht. Jeder, der die Befugnisse der neuen Macht in Zweifel stellte, war sofort zu verhaften. Sämtliche Kommunalräte mussten neu gewählt werden. Die Kaiser-Wilhelm-Straße wurde in Kurt-Eisner-Straße umbenannt.

In den Cafés war es untersagt, Milchkaffee anzubieten, Milch war Kindern vorbehalten; in den Gasthäusern durfte nur ein Essen pro Gast ausgegeben werden.⁶ Die Preise für Rindfleisch wurden gesenkt, nachdem sie in den Kriegsjahren um ein Vielfaches gestiegen waren. Ernstzunehmender waren die Festlegungen, die Bankoperationen und Geldgeschäfte betrafen. Um die laufenden Ausgaben der Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe zu decken, konnte unbegrenzt Geld abgehoben werden. Die Konten der Kapitalisten und die in den Banken deponierten Wertgegenstände wurden hingegen gesperrt.

Die Presse berichtete nur über einen einzigen Fall von Beschlagnahmung, der in den ersten Tagen der sozialistischen Regierung erfolgte. In der Fabrik von Wi[e]dermann wurde Leder konfisziert und unter den ansässigen Schustern verteilt. Der Revolutionsrat war mit verdeckter Sabotage durch den Apparat der Bezirksverwaltung konfrontiert. In einer gemeinsamen Sitzung am 10. April wurden die Zuständigkeiten neu festgelegt. Von nun an unterzeichneten Karl Schleussinger und Arthur Mayer die Dokumente, welche dann von den Beamten gegengezeichnet wurden.⁷

Die Beamten hatten auf diese Weise einen Doppelsieg errungen: Sie waren für die radikalen Maßnahmen in der Revolutionszeit nicht verantwortlich, blieben aber, was die aktuellen Ereignisse betraf, stets auf dem Laufenden. Stengel argumentierte später: »Wenn das Schlimmste verhütet werden konnte, so ist es nur dem pflichtgetreuen Ausharren der Beamten zuzuschreiben, die längere Zeit über das Fortbestehen und die Übersiedlung der Regierung und des Landtages nach Bamberg nichts wussten, da Starnberg vom Postverkehr vollständig abgesperrt war.«⁸ Der Bezirksamtmann log wissentlich. Dass Johannes Hoffmann die Amtsgeschäfte weiterführen wollte, war kein Geheimnis, es stand auf den Flugblättern, die von Flugzeugen über dem von der Räteregierung kontrollierten Gebiet abgeworfen wurden. Damals war etwas anderes wichtig: Bamberg war weit weg, München aber nur einen Katzensprung entfernt.

Ungeachtet der Eigenständigkeit existierte der Starnberger Revolutionsrat nur, weil er sich im Schatten der bayerischen Räterepublik befand. Als die Gerüchte Starnberg erreichten, dass die hoffmantreuen Truppen München am Palmsonntag, den 13. April, besetzt hatten,

6 Siehe ebd. vom 9. April 1919.

7 Siehe ebd. vom 12. April 1919.

8 Erklärung von von Stengel an die Münchner Staatsanwaltschaft vom 12. Mai 1919, StAM-Staatsanwaltschaft, 2899/1, Bl. 99.

strömte die aufgebrachte Menge auf den Rathausplatz und forderte die sofortige Verhaftung von Karl Schleussinger.

Doch die Arbeiter aus den Großbetrieben der bayerischen Hauptstadt leisteten den Putschisten Widerstand. Im Stadtzentrum, rund um den Hauptbahnhof kamen Maschinengewehre und Artillerie zum Einsatz. Die von Eugen Leviné angeführten Kommunisten waren besonders aktiv und mussten die Macht in München übernehmen. Die einzige Alternative wäre die Rückkehr der ruhmlosen Hoffmann-Regierung gewesen.

Über den Sieg der Kommunisten waren Schleussinger und dessen Anhänger nicht erfreut. Der Revolutionsrat distanzierte sich von den neuen Machthabern in München, gab seine Befugnisse aber nicht auf. Am 14. April fand eine Konferenz der Ortsgruppen der SPD und der USPD statt, deren Teilnehmer die Vereinigung zu einer revolutionär-sozialistischen Einheitspartei erklärten. Burgmeyer wurde als Vorsitzender, Siebert als sein Stellvertreter gewählt. Die Führungspositionen der neu gegründeten Partei wurden allesamt paritätisch besetzt. Unter den neuen Bedingungen begannen die Starnberger Sozialisten damit, sich auf die Oppositionsrolle vorzubereiten. Sie wollten zwischen den Münchner Radikalen und dem örtlichen Beamtenapparat lavieren.

Letzterer ging lange vor den Kommunisten zum Angriff über. Unter Hinweis auf eine Mitteilung aus Bamberg, dass die Hoffman-Regierung die einzige legitime Macht in Bayern sei, kappte von Stengel alle Kontakte zum Revolutionsrat. Die Antwort von Schleussinger ließ nicht lange auf sich warten: »Auch wenn man uns dazu zwingt, unsere Vollmachten niederzulegen, werden wir nicht auf die Kontrolle der Macht verzichten.«⁹ Damit war man politisch wieder beim Ausgangspunkt angelangt. Die Starnberger Beamten hätten ihren Sieg feiern können, wären da nicht die Münchner Ereignisse gewesen, die sich nach dem denkbar radikalsten Szenario entwickelten. Freiherr von Stengel war klug genug, seinen einstigen Praktikanten zu bitten, den Revolutionären Arbeiterrat nicht aufzulösen und sich so Handlungsfreiheit zu bewahren.

Die rotgardistische Attacke auf Starnberg

Die Gerüchte über die im Bezirk agierenden »Spartakistischen Abteilungen« raubten den Starnberger Bürgern den Schlaf. Völlig haltlos waren sie nicht. In Oberbayern kam es zu Ereignissen, die in der Geschichtsschreibung der UdSSR als »Triumphzug der Sowjetmacht« bezeichnet worden sind. Hier wie dort wurde die Diktatur der Kommunisten errichtet. Der Bericht eines Kommandeurs einer solchen Abteilung, des Sekretärs der bayerischen KPD, Hans Kain, über die »Sowjetisierung« des an Starnberg grenzenden Landkreises Wolfratshausen ist überliefert. Kain traf dort am 15. April mit einem bewaffneten Trupp ein, dem ein Dutzend Arbeiter aus dem Münchner Maffei-Werk und demobilisierte Soldaten angehörten.

Die Truppe wurde sogar von den Sozialisten und den wenigen Arbeitern vor Ort eher frostig empfangen. Hans Kain erkannte das für ihn ungünstige Kräfteverhältnis und verzichtete daher auf den Versuch, die Gendarmen zu entwaffnen. Auch seine Idee, den Rat neu

⁹ Land- und Seebote vom 17. April 1919.

wählen zu lassen, und nur »proletarische Elemente« aufzunehmen, ging nicht auf. Die neue Zusammensetzung unterschied sich nicht von der vorhergehenden.¹⁰ Die Vertreter des Rates forderten die sofortige Befreiung des verhafteten Bezirksamtmannes und besetzten die öffentlichen Gebäude in Wolfratshausen, damit diese nicht den extremistisch eingestellten Elementen in die Hände fallen konnten. Der Lokalpatriotismus erwies sich in der patriarchalisch geprägten Voralpenregion als Sieger über Klassensolidarität oder politische Sympathien. Die Kommunisten konnten nur auf nackte Gewalt setzen und schickten eine Depesche nach München, mit der Bitte, umgehend Verstärkung zu schicken.¹¹

Am 17. April traf die Truppe von Hans Kain in Starnberg ein. Die »Münchner Matrosen«, wie sie in der Stadt genannt wurden, beschlagnahmten einige Zimmer im »Bayerischen Hof«, dem besten Hotel der Stadt, und brachten auf der Terrasse ein Maschinengewehr in Stellung, um den Bahnhof zu kontrollieren. Zuerst wurden die Polizisten, dann die Gendarmen entwaffnet und in der Nacht auf den 18. April drei Geiseln, ein Richter, ein Lehrer und ein Beamter der Pensionskasse in das Stadtgefängnis gebracht und eingesperrt.¹²

Bereits am nächsten Morgen hingen in der ganzen Stadt Plakate, auf denen über die sofortige Neuwahl des örtlichen Rates informiert wurde. Die Beamten, die sich noch nicht von ihrem Schock erholt hatten, luden Schleussinger zu ihrer Versammlung ein und flehten ihn geradezu an, wieder die Macht zu übernehmen, denn sonst würde die »Stadt in die Hände der Kommunisten fallen«.¹³ Am Abend wurde im Wirtshaus, in dem sich gewöhnlich die Sozialisten trafen, eine Vollversammlung aller Arbeiter aus Starnberg einberufen. Hans Kain stellte die Frage, ob der Revolutionsrat bereit sei, mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten. Die Antwort fiel negativ aus. Daraufhin verlangte er Neuwahlen, deren Ergebnis eigentlich vorhersagbar war: Wie schon in Wolfratshausen änderte sich die Zusammensetzung des Rates nicht, sieht man von den fünf Mitgliedern ab, die nicht wieder kandidierten. Die Leitung hatte erneut Schleussinger inne, der erklärte, dass das neu gewählte Organ bereit sei, die Macht in der Stadt und im Bezirk zum zweiten Mal zu übernehmen. Jedes Mitglied des Revolutionären Arbeiterrates erhielt einen Revolver und Munition ausgehändigt – wohl als Symbol dafür, dass es mit der Kompromissbereitschaft und Weichherzigkeit der ersten Tage vorbei sein sollte.

Die Starnberger Vertreter der Rätemacht wiesen auf die »militärische Besetzung« der Stadt hin. Unter diesen Bedingungen konnten sie nur kollaborieren, was wiederum nicht dazu beitrug, die Sympathien der Ortsbevölkerung zu erlangen. Jetzt war es an den Beamten, die selbsternannten Revolutionäre zu verteidigen – die allgemeine Bedrohung schweißte die einstigen Gegner zusammen. Der immer noch amtierende Bürgermeister Tresch appellierte

10 Siehe Brief von Kain an den Vollzugsrat der Bayerischen Räterepublik vom 20. April 1919, StAM-Staatsanwaltschaft, 2066, Bl. 49-50.

11 Das Telegramm war an Rudolf Eglhofer adressiert, der damals Oberkommandierender der bayerischen Roten Armee war: »Sei so gut und schick uns sofort 8 Mann Verstärkung hierher, denn das ist eine sehr kleinbürgerlich patriotische Bevölkerung, Hoffmann-Auer-Anhänger. Sonst ist die Lebensmittelversorgung gefährdet, die Bevölkerung ansässig«, ebd.

12 Siehe StAM-Staatsanwaltschaft, 2899/1, Bl. 5. Die Geiseln wurden auf Drängen des neuen Revolutionsrates am nächsten Morgen befreit.

13 Verhör von Schleussinger am 21. Mai 1919, ebd. Bl. 137.

an die Bürger, Ruhe zu bewahren. »Vonseiten des Arbeiterrates, zu dessen Besonnenheit wir volles Vertrauen haben können, geschieht alles, um die Gegensätze zu mildern und ohne verderbliche Weiterungen und ohne Blutvergießen aufgrund gegenseitiger Anpassung und gegenseitigen Vertrauens wieder geordnete Zustände herzustellen.«¹⁴

In der Regionalzeitung *Land- und Seebote* musste sich Schleussinger, der am 17. April in die Hauptstadt gefahren war, rechtfertigen. Die »Münchner Matrosen« hätten ohne sein Wissen und ohne von ihm dazu aufgefordert worden zu sein, die Stadt besetzt.¹⁵ Eine solche Wendung der Ereignisse sei nicht auszuschließen gewesen, der Chef der Rätewacht in Starnberg war ein ebenso junger wie unerfahrener und ehrgeiziger Mann. Hans Kains Blitzbesuch – er verließ Starnberg bereits nach einem Tag wieder – hinterließ keine tiefen Spuren im Leben der Stadt. Es handelte sich eher um eine Machtdemonstration der Münchner Kommunisten, die es aber dennoch nicht vermochten, die zerstörte Machtvertikale wieder herzustellen. Kain ließ in Starnberg einige Kämpfer zurück, die unter dem Kommando des Matrosen Seffert standen. Ihre Saufgelage und Plünderungen (»Die Anarchie ist die Mutter der Ordnung«) riefen den Unmut der ortsansässigen Arbeiter hervor. Es kam fast zu einer Schießerei zwischen den »Ortsansässigen« und den »Landfremden«, doch schließlich gelang es, Letztere friedlich aus der Stadt zu drängen. Auch sie fuhren zurück nach München.

Um sich vor einer Wiederholung derartiger Willkürakte zu schützen, fasste der Revolutionsrat den Beschluss, eine eigene Arbeiterwehr aufzustellen. Am 24. April wurden alle ledigen Arbeiter aus Starnberg zusammengerufen, die ihren Armeedienst geleistet hatten, und man versprach jedem, der der Arbeiterwehr beiträte, einen Sold von zwölf Mark täglich. Sie liefen Streife in der Stadt, nahmen an Durchsuchungen und Konfiskationen teil, verhafteten Plünderer.

Sozialismus in einem Landkreis

Während der Debatten in den Zwanzigerjahren erklärte der für seinen Sarkasmus bekannte Karl Radek mehrfach, dass die Stalinfraktion in der Führung der KPdSU (B) nach ihrem Verzicht auf die Weltrevolution, »den Sozialismus in einem Straßenzug« aufbauen würde. Der Starnberger Arbeiterrat, der es ablehnte zu weit vorzupreschen,¹⁶ wurde durch die Logik der Ereignisse gezwungen, den Sozialismus – was das auch immer war – in einem kleinen Kurort zu errichten.

Eine neue Phase in der Tätigkeit des Revolutionsrates, die mit der Errichtung der kommunistischen Macht in München zusammenhing, begann mit der Umbenennung der Hotels und Dampfer, die immer noch die Namen bayerischer Könige und deutscher Kaiser trugen. Am 23. April trat das Revolutionstribunal von Starnberg, dem alle Ratsmitglieder angehörten,

¹⁴ Land- und Seebote vom 22. April 1919.

¹⁵ Ebd., vom 19./20. April 1919.

¹⁶ »Eine den Wünschen des Proletariats entsprechende Vollsozialisierung Bayerns wird unverzüglich, jedoch auf Grund von einheitlichen, für das ganze Land geltenden Normen durchgeführt werden. Eigenmächtiges und voreiliges Handeln ist Verrat am werktätigen Volk«, Land- und Seebote vom 8. April 1919.

zu einer Sitzung zusammen. »Das Gesetzbuch mit seinen starren Paragraphen ist ersetzt worden durch das natürliche Rechtsempfinden, das sich bei allen Volksgenossen herausbildet [...]«¹⁷ Die zweite, für den 29. April angesetzte Sitzung versprach interessanter zu werden. Neben Bürgern, denen kleine Vergehen vorgeworfen wurden, wie dem Gastwirt Bockberg, der seinen Gästen auch weiterhin Milchkaffee anbot, sollte der ehemalige Bürgermeister Tresch vor Gericht erscheinen. Er wurde des Amtsmissbrauchs in den Jahren des Weltkrieges angeklagt: Ihm wurde vorgeworfen, er hätte seine Stellung ausgenutzt, um mit Lebensmitteln zu spekulieren.

Alle Städter interessierten sich aber besonders für einen ganz bestimmten Tätigkeitsbereich des Revolutionsrates. Die Reichen versetzte er in Panik, die Armen begegneten ihm mit Sympathie. Es ging um Requisitionen, die regelmäßig durchgeführt wurden, um der Bevölkerung Grundnahrungsmittel zur Verfügung zu stellen. Während des anschließenden Verfahrens wurden die Vertreter der Rätemacht in Starnberg hierzu besonders befragt, und im Laufe der Vernehmungen zeichnete sich das folgende Vorgehen ab: Anfangs inspizierten die Ratsmitglieder persönlich die Betriebe, Gasthäuser und Häuser der Reichen und protokollierten den Überfluss. Dann wurden bewaffnete Abordnungen losgeschickt, die die Lebensmittel beschlagnahmten. Diese wurden unter den Bedürftigen verteilt oder zu festgelegten Preisen verkauft.

Voller Entrüstung reagierten die Guts- und Villenbesitzer auf die Konfiskation ihrer Weinkeller. Es bedurfte einer speziellen Klarstellung durch Schleussinger: Der Wein, auch wenn er von den Besitzern ursprünglich im freien Verkauf erworben worden sei, gehöre zu den Waren des täglichen Bedarfs und dürfe daher nicht von Konfiskationen ausgenommen werden. »Das betrifft auch die Obstkonserven. Die leeren Konservengläser werden selbstverständlich den Eigentümern zurückgegeben.«¹⁸

Ein weiteres Betätigungsfeld des Revolutionsrates war die propagandistische Arbeit. Durch Flugblätter und Zeitungsanzeigen sollten die Bürger davon überzeugt werden, dass es niemand auf ihre Ersparnisse abgesehen hatte. Den Bauern wurde versprochen, dass ihr Vieh und ihr Land nicht vergesellschaftet würden. Die Sozialisten verteidigten darüber hinaus die Führer der Bayerischen Räterepublik und die örtliche Garnison der Roten Armee. »Gegenüber den laut gewordenen Stimmen, dass die Münchner Besatzung von den Lebensmitteln der Stadt Starnberg zehre, wird mitgeteilt, dass die Verpflegung für beide Mannschaften von München geliefert wird.«¹⁹

Nicht der Mangel an Lebensmitteln, sondern der Geldmangel schadete dem Prestige der Rätemacht in Bayern erheblich. Die finanziellen Sorgen waren in Starnberg nicht geringer als in München. Die Beamten lehnten es ab, Geld aus der Stadtkasse zu nehmen, dagegen wollte Schleussinger nicht angehen. Sein Mitstreiter Arthur Mayer, der sich als Dr. ausgab, fand indes einen Ausweg aus der finanziellen Misere, indem er den Aristokraten Bescheini-

17 Ebd., vom 26./27. April 1919.

18 Ebd. vom 28. April 1919. Der Wein wurde für eine Mark pro Flasche im Rathaus verkauft. Die 300 Mark aus dem Weinverkauf wurden unter den Witwen an der Front gefallener Soldaten verteilt, StAM-Staatsanwaltschaft, 2899/1, Bl. 28.

19 Land- und Seebote, vom 26./27. April 1919.

gungen verkaufte, die sie vor Konfiskationen schützten oder ihnen das Recht gaben, Waffen zu tragen.²⁰ Diese Einnahmen wurden sofort in Form von Gehältern ausgezahlt. Am 28. April fuhr Arthur Mayer nach München und brachte 4000 Mark mit, um den Sold für die »Rotarmisten« der Arbeiterwehr zu bezahlen. An diesem Tag wurde in der Bank auch ein Konto des Revolutionären Arbeiterrates eingerichtet, auf das die vom Tribunal verhängten Bußgelder eingezahlt wurden, es handelte sich um 13 000 Mark. Doch verwenden konnten die Führer der Starnberger Kommune dieses Geld nicht mehr.

Die Verteidigung der Stadt und das Ende der Rätemacht

Um den 20. April herum begann die Führung der Roten Armee, der der Matrose Rudolf Eglhofer vorstand, einen Plan zur Verteidigung von München auszuarbeiten, das von Regierungstruppen umstellt war. Im Süden sollte im Unterschied zum Norden keine durchgängige Frontlinie geschaffen werden. Vielmehr sollte im Süden ein Netz von Garnisonen entstehen. Am 23. April wurde der Reservist Josef Winkler als Kommandant des Starnberger Frontbezirks eingesetzt. Er hatte zuvor zwei Tage lang als Adjutant im Stab von Eglhofer gearbeitet. Ihm unterstand ein Trupp von 30 Männern, einige davon mit Maschinengewehren. In Starnberg wurde eine gemeinsame Erklärung von Winkler und Schleussinger plakatiert, aus der hervorging, dass die Arbeiterwehr und die Rote Armee gemeinsam für Ruhe und Ordnung in der Stadt sorgen würden. Jede Weigerung, den Weisungen des Militärs Folge zu leisten, würde streng bestraft. Doch der Einzug der Abteilung der Roten Armee sorgte nicht für Ruhe. Als Basis wurde ein von seinem Besitzer Metz verlassenes Anwesen in Niederpöcking, südlich von Starnberg gelegen, ausgewählt. Die Rotarmisten machten sich zunächst über die Vorratskammern her und veranstalteten ein Gelage. Am darauf folgenden Tag traf die Abordnung aus der Stadt mit einem Fuhrwerk ein, um wenigstens einen Teil der Lebensmittel zu retten. Winkler ließ eine Bekannte aus München kommen, die er als seine Schwester ausgab und als Schreibkraft anstellte. Sie bezogen das Schlafzimmer, richteten sich häuslich ein und bedienten sich aus der reichhaltigen Garderobe.²¹

Winklers Stab war jedoch nicht der einzige Stützpunkt der Roten Armee im Starnberger Umland. Abteilungen mit je zehn bis 30 Männern gab es in Pöcking, Berg und Schäftlarn, an der Nordspitze des Starnberger Sees gelegen.²² Es entstand ein Netz von Garnisonen der Roten Armee, die fünf bis 20 Kilometer voneinander entfernt waren und die vom Südwesten nach München führenden Zugangsstraßen kontrollierten. Sie befanden sich in Klöstern oder Gutshäusern, was zur Lösung der Versorgungsfrage beitrug und mögliche Konflikte mit der Ortsbevölkerung auf ein Minimum reduzierte.

Das führte dazu, dass sich südlich von München einzelne rote Stützpunkte auf traditionell schwarzem – katholisch-patriarchalisch geprägtem – Grund befanden. Städte wie Starnberg hätten zu Keimzentren revolutionärer Stimmungen werden können, wenn zwei Bedingungen

20 Siehe StAM-Staatsanwaltschaft, 2899/1, Bl. 266.

21 Siehe ebd., 3064/1.

22 Siehe Land- und Seebote vom 3./4. Mai 1919.

Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

Quelle: Stadtarchiv Starnberg, Fotosammlung

Rote Soldaten im Gasthaus Dietrich in Söcking, [wohl 28.] April 1919.

Söcking ist heute ein Ortsteil von Starnberg. Rückseitig trägt die Fotografie diese handschriftliche Notiz in Sütterlin: »Rotgardisten in Söcking / Aufn. Mittag / Wurden nächsten Morgen erschossen / [29.] April 1919«.

erfüllt gewesen wären: 1. Bereitschaft zum toleranten Dialog zwischen dem roten München und den gewählten örtlichen Räteorganen. 2. Zeit für die Stabilisierung dieses Dialogs. Doch den kommunistischen Führern fehlte es an beidem, an Toleranz und an Zeit.

Die letzte Ausgabe des *Land- und Seeboten*, die während der Räteherrschaft gedruckt wurde, erschien am 28. April mit dem Aufruf, den 1. Mai zu feiern. Aus Anlass des Feiertages sollte im Rathaus beschlagnahmter Wein verkauft werden. Doch die Ereignisse nahmen einen ganz anderen Verlauf.

Um bis Bayerns Hauptstadt zu kommen, mussten die »Weißen« dutzende Städte und Vororte entlang der Eisenbahnlinien und Chausseen passieren. Diese Orte traf der erste sorgfältig geplante Schlag, der den »revolutionären Wirren« ein Ende machen sollte. Nach der Niederlage auf den Schlachtfeldern des Ersten Weltkrieges nahmen sich die Generäle und Offiziere der Reichswehr das eigene Volk vor, um als Sieger in die Geschichte einzugehen.

Die Führer der Starnberger Kommune waren sich darüber im Klaren, dass die Stationierung von Einheiten der Roten Armee in der Stadt und im Umland die Vernichtung der Stadt bedeutete. Schleussinger befahl der Arbeiterwehr, den anrückenden Truppen keinen Widerstand zu leisten und begab sich nach München. Laut seiner Aussagen vor Gericht hatte Eglhofer ihm in die Hand versprochen, keine Kampfhandlungen aufzunehmen, um Verlus-

Quelle: Stadtarchiv Starnberg, Fotosammlung

Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

»Weiße« Soldaten vor dem damaligen Starnberger Rathaus [heute Stadtbücherei] an der Hauptstraße, [wohl 29.] April 1919.

te unter der friedlichen Bevölkerung zu vermeiden.²³ Doch derartige Zusagen konnte der Oberkommandierende der Roten Armee nicht für alle Stützpunkte seiner Einheiten machen.

Am 28. April kam es zu den ersten Zusammenstößen als die Einheiten von Epp mit ihrer Artillerie auf dem Bahnhof in Tutzing eintrafen.²⁴ Die Rotarmisten aus Winklers Garnison hatten die Eisenbahngleise auf der Strecke von Tutzing nach München gesprengt und Verteidigungsstellungen bezogen. Als Winkler von den anrückenden »Weißen« erfuhr, begab er sich sofort zu Eglhofer, um Unterstützung zu holen. Seine Männer überließ er ihrem Schicksal. Diese kämpften tapfer, doch die materielle Überlegenheit und auch die Kampferfahrungen waren auf der Seite des Gegners. Vor Pöcking wurden die anrückenden Freikorps mit Maschinengewehren unter Beschuss genommen, doch schon am Abend gelang es unter Einsatz der Artillerie, die »Roten« bis Possenhofen zurückzudrängen. Elf Rotarmisten fielen im Kampf, drei wurden gefangen genommen und am nächsten Tag erschossen.²⁵

In den Abendstunden kontrollierten die Kämpfer der Roten Armee noch die Zugänge nach Starnberg. Dann brachte ein Zug in der Nacht Verstärkung. Winkler kam mit 100 Männern, zwei Geschützen und einem Dutzend Maschinengewehren zurück. Aus den Ge-

²³ Siehe StAM-Staatsanwaltschaft, 2899/1, Bl. 138.

²⁴ Die Niederwerfung (Anm. 2), S.103 f.

²⁵ Siehe Land- und Seebote vom 3./4. Mai 1919.

Dieses Foto kann aus urheberrechtlichen Gründen in der Online-Ausgabe des JHK nicht angezeigt werden.

Quelle: Stadtarchiv Starnberg, Fotosammlung

»Weiße« Truppen auf der Hauptstraße [Vordergrund] und dem Tutzinger-Hof-Platz [wohl 29.] April 1919.

richtsakten geht hervor, dass er verbot, die Waffen abzuladen und sich stattdessen sofort zum Anwesen von Metz begab, wo er ein Bild völliger Verwüstung vorfand. Der »Kommandeur des Starnberger Frontabschnitts« nahm einige Gemälde, Kleidung und einen Anzug mit und kehrte um sieben Uhr morgens zu seinen Truppen zurück. In Anbetracht der feindlichen Übermacht fuhr er mit seiner Garnison nach München zurück, versteckte das Diebesgut, kassierte im Ministerium seinen Sold und verschwand aus der Stadt.²⁶

In den Berichten der »Weißen«, die am 29. April die Befreiung Starnbergs meldeten, ist davon die Rede, dass die aus Württemberg stammenden Truppen im Verlauf der Kampfhandlungen 27 »Spartakisten« erschossen hatten, eigene Verluste gab es keine.²⁷ Aus einem anderen Bericht von Freikorpstruppen, die Starnberg einnahmen, geht hervor, dass in der Stadt 37 gefangene Kämpfer der Roten Armee an Ort und Stelle erschossen worden waren.²⁸ Selbst wenn man in Rechnung stellt, dass diese Berichte oft übertrieben sind, gibt es keinen Grund, daran zu zweifeln, dass die »Weißen« mit besonderer Brutalität vorgehen.

26 Winkler wurde später festgenommen. Im Verlauf der Untersuchung stellte sich heraus, dass er einige Straftaten begangen hatte und in psychiatrischer Behandlung war. Er wurde zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt, StAM-Staatsanwaltschaft, 3064/1, Bl. 74, 88.

27 Siehe BayHStA-KA, RWGrKdo 4, Akte 27.

28 Siehe ebd., Akte 461. Diese Angaben werden in anderen Quellen bestätigt. Daniel Ritter von Pitrof: Gegen Spartakus in München und im Allgäu, München 1937, S. 83.

Am gleichen Tag kam es auch zu Kampfhandlungen in Schäftlarn. Die erste Attacke konnten die Kämpfer der Roten Armee, die sich im Kloster verschanzt hatten, erfolgreich abwehren. Erst unter Einsatz der Artillerie wurde ihr Widerstand gebrochen, wurden die Kämpfer überwältigt. Zu den zehn Gefallenen kamen neun Gefangene, die an Ort und Stelle erschossen wurden.²⁹ Und wieder konnten die Regierungstruppen voller Stolz vermelden, dass sie keine Verluste zu beklagen hatten.³⁰ Die »Befreiung« von Starnberg war das Vorspiel zu dem Gemetzel, das Anfang Mai in München folgen sollte.

Schon in den Morgenstunden des 30. April erfuhr die Führung Rätebayerns, was in den südlichen Vororten Münchens geschehen war. In der Hauptstadt wurden Plakate geklebt, auf denen mal die Ermordung von vier, ein andermal von 15 unbewaffneten Sanitätern der Roten Armee und die Erschießung eines 68-jährigen Mannes mitgeteilt wurde, der den »Weißen« die Ehrenbezeugung verweigert hatte.³¹ In den letzten Tagen ihrer Existenz war die bayerische Räterepublik durch inneren Zerfall geprägt. Am 27. April verließen die Kommunisten den Vollzugsrat der Betriebs- und Soldatenräte Münchens. Doch vollkommen am Ende war die Räterepublik deshalb noch nicht.

Patriotische Losungen wurden verbreitet, darunter die Aufforderung, sich von der preußischen Herrschaft zu befreien. Die Veröffentlichungen über die Gräueltaten der »Weißen« sollten unterstreichen, dass es keinen Ausweg gab und bis zur letzten Patrone gekämpft werden musste. Auch wenn es in Starnberg nicht zu Erschießungen gekommen war, war der Name des Kurortes in aller Munde. Die Plakate und Flugblätter blieben nicht ohne Wirkung. Der Justizminister der Räterepublik Max Strobl, er stammte aus Starnberg, verlangte 100 Geiseln zu verhaften. »Für jeden ermordeten Sanitäter unserer Roten Armee wird eine Geisel sterben«, versprach er und verkündete, dass jede Geisel von zwei Russen erschossen würde.³² Bitterkeit und Hass nahmen auch von den einfachen Kämpfern der Roten Armee Besitz. Ohne Befehl von oben wurden Wortführer der rechtsradikalen Thule-Gesellschaft erschossen, die in einer Kaserne der Arbeiterwehr gefangen gehalten worden waren.³³

Gerüchte gaben auf beiden Seiten der Barrikade den Ton an. Aus den im Luitpold-Gymnasium erschossenen Konterrevolutionären wurden unschuldige Geiseln, ihre Körper seien zudem von den schrecklichen »Spartakisten« geschändet worden. Die ehrwürdigen Bürger weigerten sich zu glauben, dass Bayern zu derartigen Untaten in der Lage wären und schoben alles den Preußen, Juden und Russen in die Schuhe. Thomas Mann, der sich in jenen Tagen in München aufhielt, notierte in seinem Tagebuch: »Die Mehrzahl der komm. Arbeiter habe

29 Die Niederwerfung (Anm. 2), S. 111.

30 Siehe BayHStA-KA, RWGrKdo 4, Akte 27.

31 StAM-Staatsanwaltschaft, 2899/4.

32 Aus Zeugenaussagen im Fall Strobl, StAM-Staatsanwaltschaft, 2234. Strobl meinte mit »Russen« russische Kriegsgefangene, die in der bayerischen Roten Armee Dienst taten.

33 Unter den Erschossenen waren eine Frau und ein Unbeteiligter. Joachim Fest, dem man wohl kaum Sympathie für die Linken unterstellen kann, äußerte sein Erstaunen darüber, dass die Willkürmaßnahmen der Regierungstruppen vergessen wurden, während die erschossenen Geiseln ihren Platz im gesellschaftlichen Bewusstsein bewahrt haben. (Фест И. Гитлер. Биография. Путь наверх. М. 2009. С.178) [dt. Ausgabe: Joachim Fest: Hitler. Eine Biographie, Neuausgabe, Berlin 1998].

mit der Hoffnung auf den ›Einmarsch der Russen‹ resigniert. Der Geiselmord soll von russischen Gefangenen oder mithilfe von solchen ausgeführt worden sein.«³⁴

An der Säuberung in Starnberg waren sowohl Militärangehörige als auch junge Männer aus ehrbaren Familien, die der Bürgerwehr angehörten, beteiligt. Sie kannten die Revolutionäre sehr gut. Noch vor Tagen hatten sie diese unterwürfig begrüßt. Folgt man der offiziellen Version, verhafteten die vorrückenden Truppen in der Stadt »25 ortsansässige Kommunisten«.³⁵ Unter ihnen waren auch die Mitglieder des Arbeiterrates Arthur Mayer und Karl Schleussinger. Vor Gericht sagten beide aus, sich freiwillig in den Stab der Truppe begeben zu haben.

Am 30. April fand eine Kundgebung statt, die von den Führungsmitgliedern der bürgerlichen Parteien organisiert worden war. Seit Wochen hatten sie stillgehalten. Neben Lobeshymnen auf die Befreier waren Forderungen zu hören, die »roten Banden« gnadenlos auszurotten, die es gewagt hatten, das Heiligste anzutasten. Sie waren »von Fanatikern und Fremdlingen aufgehetzt, von Unreifen geführt, vernichteten Spartakisten, Kommunisten und wie sie sich sonst alle nennen, Leben und Eigentum ihrer Volksgenossen, so das heute die Waffen gegen sie geführt werden müssten«.³⁶ Während der Kundgebung wurde der Beschluss gefasst, eine spezielle Kommission zur Untersuchung der revolutionären Ereignisse in der Stadt einzusetzen, die paritätisch aus Vertretern der bürgerlichen und Arbeiterparteien zusammengesetzt sein sollte. Eigentlich erübrigt es sich, darauf hinzuweisen, dass die Beamten, mit Freiherr von Stengel und Bürgermeister Tresch an der Spitze, ihren ersten Arbeitstag mit einer Danksagung an das Militär begannen, das nun für einige Wochen die Herrschaft in Starnberg übernahm.

Untersuchung und Gerichtsverfahren

Die ersten Vernehmungen der verhafteten Mitglieder des Revolutionsrates fanden im Gebäude des Starnberger Gerichts am 3. Mai statt. Dann wurde die Angelegenheit zur Verhandlung an die Münchner Staatsanwaltschaft übergeben. Da sich Bayern immer noch im Kriegszustand befand, wurden die Untersuchungsmaterialien im Eilverfahren zur Übergabe an das Standgericht vorbereitet. Die Verteidigungsstrategie der Angeklagten war nicht überraschend. Schleussinger und seine Genossen erklärten, dass sie die Räterepublik auf nachdrücklichen Wunsch der örtlichen Beamten ausgerufen und im Hinblick auf die Kommunisten eher eine Miniarbeit geleistet hätten, denn sie hätten ja die ganze Zeit über mit dem Magistrat und der Bezirksverwaltung in Verbindung gestanden.³⁷ Bürgermeister Tresch erklärte im Brief vom 10. Mai, dass der Revolutionsrat der Stadt durch seine Aktivitäten keinerlei Schaden zugefügt habe. Dieser Aussage schloss sich von Stengel an. Dieser hob zudem hervor, dass

34 Thomas Mann: Tagebücher 1918–1921, Frankfurt a.M. 1979, S. 221. »Einmarsch der Russen« meint das Vorrücken der Roten Armee nach Zentraleuropa. Gerüchte darüber kursierten unter Münchner Arbeitern auch noch nach der Niederschlagung der Räterepublik, BayHStA-KA, RWGrKdo 4. Akte 252.

35 Die Niederwerfung (Anm. 2), S. 105.

36 Land- und Seebote vom 3./4. Mai 1919.

37 StAM-Staatsanwaltschaft, 2899/1, Bl. 39.

Schleussinger den Eigentümern ihre konfiszierten Sachen stets zurückgegeben, und, was am wichtigsten war, den Polizisten ihre Waffen ausgehändigt habe.³⁸

Das Gerichtsverfahren gegen die Führer der Starnberger Räterepublik dauerte vom 11. bis zum 14. Juni 1919. Auf der Anklagebank saßen alle 15 Mitglieder des Arbeiterrats. Unter ihnen auch eine Frau, Walburga Reitmeyer. Sie war für die Verteilung der Milch an die Kinder zuständig gewesen. Die meisten der Angeklagten waren jünger als vierzig Jahre, seit Ende 1918 Reservisten und hatten vor der Wahl in den Arbeiterrat von Gelegenheitsarbeiten gelebt. Wilhelm Walcher, Mitglied der SPD und vor der Einberufung als Konditor tätig, arbeitete seit Januar 1919 auf dem Bau. Seine Entscheidung, in die Politik zu gehen, erklärte er wie folgt: »Die körperlichen Arbeiten waren mir zu streng; ich hatte erfahren, dass die Leute des Arbeiterrates bezahlt werden, dachte mir, dass ich eine ruhigere und nicht mehr so anstrengende Tätigkeit brauche und habe mich deshalb in den Arbeiterrat wählen lassen.«³⁹

Die Münchner, die anfangs nach dem Blut der Kommunisten lechzten, hatten nun genug von der Besetzung der Stadt durch das Militär. In der Presseberichterstattung über den Prozess gab es erste, wenn auch vorsichtige Sympathieerklärungen an die Adresse von Schleussinger. Das ein so junger Mann eines Staatsverbrechens angeklagt wird, könne man nur unter Hinweis auf die stürmischen Ereignisse Anfang Mai erklären, war u. a. zu lesen.⁴⁰ Der Staatsanwalt zitierte wörtlich aus den Berichten der Starnberger Gutsbesitzer über die Erniedrigungen und Plündereien, zählte die ihnen auferlegten Geldstrafen auf, konnte aber nicht beweisen, dass sich die Mitglieder des Revolutionsrates irgendetwas davon angeeignet hatten.

Karl Schleussinger wurde zu zwei Jahren Festungshaft verurteilt. Das Gericht berücksichtigte die Aussagen der Beamten, die für Schleussinger eintraten, seine Jugend, hob aber als belastendes Moment hervor, dass der angehende Jurist sich der Ungesetzlichkeit seiner Handlungen hätte bewusst sein müssen. Arthur Mayer wurde zu sechs Jahren verurteilt. Man warf ihm vor, dass er Geld für die Arbeiterwehr aufgetrieben hatte. Weitere sechs Angeklagte wurden zu Haftstrafen zwischen einem und drei Jahren verurteilt, alle anderen wurden freigesprochen.

In der Gerichtsverhandlung wurde die Frage nach der Rolle der örtlichen Beamten in den Revolutionstagen aufgeworfen. Stengel musste deshalb vor Gericht auch als Zeuge aussagen, seine Beteiligung an der Ausrufung der Räterepublik gab er nicht zu. Die Verteidigung warf dem Bezirksamtmann vor, er habe den jungen und unerfahrenen Schleussinger ins Verderben laufen lassen. Der Freiherr konnte sich dennoch aus der Affäre ziehen und behielt seinen Posten bis zu seinem Tod im Jahr 1925. Nach der Urteilsverkündung ging er zum Angriff über und gab in der Presse folgende Erklärung ab: »Hätten wir als Antwort auf die Willkür der Revolutionäre feige unsere Einrichtungen verlassen, wäre das Chaos vollkommen gewesen und hätte irreparable Schäden für die Stadt und den Bezirk nach sich gezogen.«⁴¹

38 Ebd., Bl. 91, 98–100.

39 Ebd., Bl. 14. Walcher war im Starnberger Revolutionsrat für das Altersheim und den Friedhof zuständig. Er wurde freigesprochen.

40 Siehe Münchner Nachrichten vom 16. Juni 1919.

41 Land- und Seebote vom 16. Juni 1919.

Fazit

Die revolutionäre Welle, die den malerischen Kurort erreicht hatte, weckte die Diener des »alten Regimes«. Sie hatten eine Strategie zum eigenen Überleben parat, doch völlig kampflös wollten auch sie nicht weichen. Sie verzichteten auf eine direkte Konfrontation mit der neuen Macht, setzten auf den Lokalpatriotismus und darauf, die »Landfremden« wieder zu verdrängen. Die Ausrufung der Räterepublik wurde vom Läuten der Kirchenglocken begleitet, die Straßen wurden, wie aus München gefordert, umbenannt. Doch genau genommen lief alles darauf hinaus, dass sich Stadt und Landkreis vom »Chaos in München« abschotteten.

Die Handlungen der Mitglieder des Starnberger Revolutionsrates ähneln denen kleiner Kinder, die man hinter das Steuer setzt. Sie hatten alles zu bieten, nur fehlte es ihnen an Kompetenz und Überzeugung. Dass Akademiker an der Spitze standen, war kaum von Bedeutung. In den ersten zehn Tagen seiner Existenz war der Rat eher eine Marionette in den Händen der alten und erfahrenen Beamten, doch die Ratsmitglieder fanden schnell Gefallen an der Machtausübung. Bereits um den 20. April herum gab es eine Doppelherrschaft in der Stadt. Von entscheidender Bedeutung war jedoch der Einzug der Rotarmisten in Starnberg. Jetzt erkannten die wohlhabenden Bürger, was sie an ihren Revolutionären hatten. Sie waren wie Lämmer, verglichen mit den Kommunisten aus München.

Doch auch die Kommunisten unternahmen während ihres Feldzuges nichts, um die Arbeiterräte in Organe der revolutionären Macht zu verwandeln. In der Hauptstadt, in Starnberg, in Wolfratshausen – überall wurde gewählt, sogar mehrmals, doch die Wahlen führten nicht zum angestrebten Ergebnis. Es blieb nur der Weg der schroffen Parteidiktatur, deren proletarischer Charakter in Bayern nicht stärker zutage getreten wäre als in Sowjetrussland.

Die Entwicklung der Ereignisse in Starnberg wurde nicht nur durch den Radikalismus der Revolutionsführer geprägt, sondern auch durch den Widerstand auf den die Ortsansässigen und Landfremden in ihren eigenen Milieus stießen. Historiker, die die deutsche oder die russische Revolution untersuchen, stehen weiterhin unter dem Einfluss tradierter Konzeptionen. Sie wären gut beraten, die räumliche Komponente genauer zu untersuchen. Das Zentrum tritt nicht immer als Subjekt, die Peripherie nicht immer als Objekt in Erscheinung. Die zahlreichen Kommunen und Republiken, die im Kreismaßstab entstanden, waren nicht so sehr Ausdruck des Zerfalls der alten Macht. Sie waren vielmehr Ausdruck der Suche nach möglichen Alternativen, die nur von unten erfolgen konnte.

Im Rahmen dieser Suche ist die Gründung der revolutionär-sozialistischen Einheitspartei zu erwähnen. Die Funktionäre hatten die Spaltung der Arbeiterbewegung als eigentliche Achillesverse der deutschen Revolution erkannt und sahen in deren Überwindung die Chance auf einen Sieg. Es war kein Zufall, dass die Kommunisten in Ostdeutschland 1945 Kurs auf die Vereinigung nahmen. Die Durchsetzung in der sowjetisch besetzten Zone wurde zu einem Stützpfiler der 40-jährigen Existenz der DDR. Die Schöpfer der »Rätemacht« in Starnberg und in anderen Städten Bayerns wollten sich auf Elemente der direkten Demokratie stützen, auf eine Demokratie, die in Deutschland schon lange existierte und eine kurzzei-

tige Renaissance während der friedlichen Revolutionen 1989/90 erlebte.⁴² Doch die neuen Selbstverwaltungsorgane waren ein schwacher Ersatz für den im Kaiserreich geschaffenen Beamtenapparat.

Die Herstellung einer stabilen Verbindung mit München, wo die Kommunisten herrschten, war nicht nur aufgrund ideologischer Überlegungen ausgeschlossen. Starnberg musste sich in die »Vertikale der Rätemacht« einpassen, was dem Traum der ortsansässigen Aktivisten von eigenständigem politischen Schöpfungsfähigkeit ein Ende bereitere. Soziale Maßnahmen riefen nicht nur den Unmut der Reichen hervor, sie stießen auch auf Sympathien bei den Armen. Während über die Reaktionen der Reichen in den Gerichtsakten gelesen werden kann, sind die Reaktionen der Armen nicht belegt. Doch um aus diesen Sympathieerklärungen eine stabile politische Unterstützung zu formen, hätte es weitaus mehr bedurft, als nur die Schaffung einer »Einheitspartei«. Man hätte einen radikalen Bruch mit dem traditionellen System der Verwaltungen vor Ort in Angriff nehmen, oder darauf verzichten müssen, sich als Revolutionär zu bezeichnen.

Für einen »dritten Weg der deutschen Revolution«, über den in den Sechziger- und Siebzigerjahren in der westdeutschen Geschichtsschreibung lebhaft diskutiert wurde, war angesichts des Verhältnisses zwischen alten und neuen Machthabern in Starnberg kaum Platz.⁴³ Der Blick von unten auf die Ereignisse zeigt, dass die Beamten weder mit der neuen Macht zusammenarbeiten, noch die Rolle von »revolutionären Angestellten« spielen wollten. Sie griffen zu ausgeklügelten Formen von Sabotage, gegen die die »Revolutionäre wider Willen« weder vorgehen wollten noch konnten. Später berücksichtigte das Standgericht ihre »gemäßigte Haltung« und verurteilte sie nur zu geringen Haftstrafen, obwohl der Prozess als Schauprozess angelegt war und in der Presse umfassend behandelt wurde.

Die Vereinigung der ortsansässigen Sozialisten und Beamten, ihr Zusammenschluss gegen die landfremden Radikalen bewahrte Starnberg auch vor der Anarchie des revolutionären Bodensatzes und der Zerstörung durch die Regierungstruppen. Es ist schon seltsam, dass sich die Behörden heute nur ungern daran erinnern. Vielleicht hängt es damit zusammen, dass die Starnberger Kommune und Rätebayern als eine Art Sackgasse der Entwicklung angesehen werden, die keinerlei Spuren in der Gegenwart hinterlassen haben.

Hinweise auf die Räterepublik oder Erwähnungen sucht man heute in den Starnberg-Reiseführern vergeblich. Doch die Hotels, in denen die von Kain angeführten »Rotarmisten« kampierten, stehen noch, es gibt die Protokolle des Revolutionären Arbeiterrates und die Erfahrungen, die auf der Suche nach alternativen Formen der politischen Macht gemacht wurden und in die Geschichte des vergangenen Jahrhunderts eingeflossen sind.

Aus dem Russischen übersetzt von Wladislaw Hedeler

42 Siehe Francesca Weil: Räte im Deutschen Reich 1918/19 – Runde Tische in der DDR 1989/90, in: Deutschland Archiv (2011), H. 2, S. 261–268.

43 Eberhard Kolb: Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919, Frankfurt a.M. 1978.